



Antrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Christian Flisek, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild**
SPD

Soforthilfeprogramm für Kulturschaffende und Kultureinrichtungen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst einen Statusbericht vorzulegen, mit der Darstellung, welche Bereiche des Kulturbetriebs bisher in welchem Ausmaß in ihrer Existenz gefährdet sind und wie die Staatsregierung die weitere Entwicklung der Kulturbranche einschätzt,
- auf die Branchen abgestimmte Vorschläge dazulegen, die eine Existenzgefährdung der einzelnen Kulturbereiche abwenden können,
- die Schaffung eines auf die verschiedenen Bedürfnisse der Kulturbranchen abgestimmten bayerischen Hilfsfonds zur Abfederung der finanziellen Engpässe der Kulturschaffenden zu prüfen. Der Fonds sollte akut abrufbar sein, wenn z. B. einzelne Veranstaltungen etc. nicht stattfinden können,
- Lösungen für die Lehrbeauftragten an Musikhochschulen darzulegen, die mit den Hochschulschließungen ihr festes Einkommen verlieren,
- sich auf Bundesebene für einen Notfonds für Künstlerinnen und Künstler einzusetzen, wie er vom Deutschen Kulturrat gefordert wurde.

Begründung:

Private und öffentliche Kultureinrichtungen, kulturelle Veranstaltungsbetriebe sowie Künstlerinnen und Künstler sind massiv von den Folgen des Coronavirus betroffen. Kunst- und Musikmessen werden verschoben, Kongresse abgesagt, Konzerte finden ohne Publikum statt oder sie fallen ganz aus.

Durch das Erliegen des öffentlichen Lebens sind fast alle Kulturbereiche in kürzester Zeit in ihrer Existenz gefährdet. Die Kulturbranche, die in weiten Teilen von prekärer Bezahlung lebt und deren Einrichtungen schon unabhängig von der aktuellen Krise von finanziellen Engpässen bedroht waren, kann den derzeitigen Stillstand nicht auffangen. Bundesweite Kulturverbände machen derzeit auf die Notsituation in der Branche aufmerksam und stellen die besonders schwierige Situation der vielen Freischaffenden dar. Betroffen sind alle Bereiche der Kultur: darstellende Künstlerinnen und Künstler, Musikerinnen und Musiker, Veranstaltungs- und Bühnentechnikerinnen und -techniker, Fotografinnen und Fotografen, Filmkünstlerinnen und -künstler, freie Autorinnen und

Autoren sowie Journalistinnen und Journalisten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Museen und Gedenkstätten, Veranstalterinnen und Veranstalter von Events, Konzerten, Festivals etc. Betroffen sind aber auch Lehrbeauftragte an Musikhochschulen, die pro Stunde bezahlt werden und die mit den Hochschulschließungen ihr festes Einkommen verlieren.

Die Kulturministerinnen und -minister der Länder und des Bundes haben in ihrer Stellungnahme vom 13.03.2020 deutlich gemacht, dass „ohne unbürokratische staatliche Hilfen die Gefahr besteht, dass das für eine starke Demokratie unverzichtbare vielfältige kulturelle Leben in Deutschland nachhaltig Schaden erleidet.“

Für die freie Kulturszene ist die aktuelle Lage besonders bedrohlich und sehr schnell existenzgefährdend, da mit allen Absagen von Veranstaltungen keinerlei Gagen mehr bezahlt werden. Ausfallhonorare sind für die meisten die Ausnahme.

Der Präsident des Deutschen Kulturrats, Olaf Zimmermann, erwartet auf Grund der vielen Absagen von Kulturveranstaltungen bundesweit eine sehr schwierige Zeit für freie Künstlerinnen und Künstler und fordert einen Notfonds auf Bundesebene, der Künstlerinnen und Künstler ihre Existenz sichert.

Auch in Bayern müssen umgehend spezielle Maßnahmen für den Kulturbereich ergriffen werden, um die vielfältige Kulturszene in unserem Land zu sichern und ihren Akteuren eine Existenz zu gewährleisten.